



Mane Luche, Bündnis 90/ Die Grünen, Ravensburg

1. Wird sich Ihre Partei in Zukunft verstärkt für einen gerechten Welthandel und damit eine Abkehr von der bisherigen neoliberalen Handelsagenda einsetzen?

Antwort:

Wir Grüne stehen für eine nachhaltige Handelspolitik. Sie gestaltet die Globalisierung nach global geltenden Regeln gerecht und basiert auf einer ressourcenschonenden Produktionsweise. Deshalb setzen wir uns für eine Handelspolitik der Europäischen Union (EU) ein, die

- die EU-weit geltenden sozialen und ökologischen Standards zugrunde legt,
- das Vorsorgeprinzip festschreibt,
- die Menschenrechte und die Rechte von Arbeitnehmer*innen und Verbraucher*innen konsequent achtet und schützt,
- die kommunale Daseinsvorsorge umfassend sichert,
- die Umsetzung des Pariser Klimavertrags als wesentlichen Bestandteil einer nachhaltigen Umwelt- und Klimaschutzpolitik verankert und grundsätzlich die parlamentarische Mitentscheidung garantiert – insbesondere bei der regulatorischen Kooperation im Rahmen von Handelsabkommen. Einseitige Sonderklagerechte für Investor*innen lehnen wir ab.

Die globale Pandemie und die globale Klimakrise machen eindringlich deutlich: Nur durch internationale Zusammenarbeit und Solidarität können wir die großen Herausforderungen bewältigen. Deshalb haben wir Vorschläge und Konzepte für eine grundlegende sozial-ökologische Transformation unserer Gesellschaften erarbeitet. Sie betreffen uns in Baden-Württemberg genauso wie die nationale und europäische Ebene sowie den globalen Süden. Die globale Agenda 2030 der Vereinten Nationen aus dem Jahr 2015 mit ihren Zielen für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals – SDGs) dient uns dabei als Leitlinie. Sie war bereits in den vergangenen fünf Jahren Grundlage unserer Regierungspolitik.

2. Wird Ihre Partei das Pariser Klimaschutzabkommen in Zukunft zur verbindlichen Richtschnur für alle Handelsfragen machen?

Antwort:

Fester Bestandteil grüner Politik ist die klimafreundliche Transformation der Wirtschaft. Wir wollen Baden-Württemberg zum Musterland machen, das das Pariser

Klimaschutzabkommen und den Green Deal der Europäischen Union ambitioniert umsetzt. Wir wollen in den nächsten Jahren bei unseren Initiativen und Maßnahmen für Klimaschutz – von kommunaler Ebene bis weltweit – noch mehr Tempo machen. Wir wollen noch stärker dazu beitragen, Klimaneutralität zu erreichen und die Ziele des Pariser Klimaabkommens umzusetzen. Dadurch erhalten und schaffen wir auch Arbeitsplätze – bei uns, in den EU-Mitgliedstaaten und in den internationalen Partnerregionen. Baden-Württemberg war als grüingeführtes Land entscheidend an der Gründung der „Under2 Coalition“ beteiligt. In dem internationalen Bündnis arbeiten inzwischen mehr als 220 Regierungen innovativer Regionen aus der ganzen Welt beim ambitionierten Klimaschutz zusammen. Sie repräsentieren 43 Prozent der globalen Ökonomie. Das Pariser Klimaschutzabkommen ist nicht nur Richtschnur, sondern Grundlage unseres Regierungshandelns – im Land genauso wie bei der bilateralen und multilateralen Zusammenarbeit.

Eine Entscheidung, die der Bundesrat in den kommenden Monaten fällen wird, ist das „Ja“ oder „Nein“ zur Ratifizierung des EU-Kanada-Abkommens CETA.

3. Wird Ihre Partei CETA zum Thema im kommenden Landtagswahlkampf machen?

Antwort:

Das CETA-Abkommen der EU mit Kanada wird in den Teilen, für die allein die EU zuständig ist, bereits seit drei Jahren vorläufig angewendet – das sind etwa 97 Prozent. Nachdem mehrere zivilgesellschaftliche Organisationen geklagt haben, ist jetzt das Bundesverfassungsgericht am Zug. Es muss über die Verfassungsmäßigkeit der restlichen drei Prozent entscheiden, die die Teile in gemeinsamer Zuständigkeit betreffen. Im Landtagswahlkampf werden wir die Notwendigkeit globaler Verantwortung für nachhaltigen fairen Handel, ambitionierten Klimaschutz und die Umsetzung der Globalen Nachhaltigkeitsziele (SDGs) der Vereinten Nationen thematisieren – und zwar in allen Politikfeldern.

4. Können Sie verbindlich zusagen, dass Ihre Partei – bei einer Regierungsbeteiligung in Baden-Württemberg – ein „Ja“ zu CETA ausschließt, so dass die Landesregierung CETA im Bundesrat ablehnt oder sich enthält?

Antwort:

Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts im Hauptsacheverfahren gegen CETA steht noch aus. Erst danach wird die Bundesregierung dem Bundestag und dem Bundesrat ein Ratifizierungsgesetz vorlegen. Solange wir nicht wissen, über welche Gegenstände des CETA-Abkommens der Bundesrat überhaupt abzustimmen hat, betrachten wir es als nicht seriös, verbindliche Aussagen zum Abstimmungsverhalten des Landes Baden-Württemberg zu machen. Wir werden unsere Entscheidung zum gegebenen Zeitpunkt davon abhängig machen, ob unsere formulierten Anforderungen an EU-Handelsabkommen (siehe 1.) erfüllt sind.



Dominique Emerich, CDU, Wahlkreis Bodenseekreis

1. Wird sich Ihre Partei in Zukunft verstärkt für einen gerechten Welthandel und damit eine Abkehr von der bisherigen neoliberalen Handelsagenda einsetzen?

Antwort:

Die CDU-Landtagsfraktion bekennt sich zur internationalen und multilateralen Zusammenarbeit zwischen Ländern und Regionen. Denn der freie Handel, der den Anliegen der Menschen und der Umwelt Rechnung trägt, ermöglicht mehr Wohlstand für alle. Dabei ist es uns wichtig, in Handelsverträgen Umwelt-, Verbraucher- und Arbeitnehmerschutz Geltung zu verschaffen. Handelsverträge können ein Hebel sein, um auch die Lage der Menschen in den entsprechenden Partnerstaaten zu verbessern: Durch mehr Wohlstand aufgrund des wachsenden Handels und aufgrund von gemeinsam vereinbarten Mindeststandards. Daher ist eine Verkürzung der Antwort auf ein „Ja“ oder „Nein“ unangemessen. Wir wollen Freihandelsabkommen als Chance nutzen, um unsere hohen Standards, wie beispielsweise beim Umwelt-, Verbraucher- und Arbeitnehmerschutz, international Geltung zu verschaffen.

2. Wird Ihre Partei das Pariser Klimaschutzabkommen in Zukunft zur verbindlichen Richtschnur für alle Handelsfragen machen?

Antwort:

Die CDU-Fraktion steht zu den Klimaschutzzielen von Paris. Auf Grundlage des Pariser Abkommens haben wir für Baden-Württemberg verbindliche Vorgaben für die Minderung der Treibhausgasemissionen um 42 % bis 2030 und 90 % bis 2050 (jeweils zum Basisjahr 1990) im Klimaschutzgesetz verankert. Weltweit werden Treibhausgase in unsere Atmosphäre geleitet und verursachen enorme Folgekosten, für die niemand den Preis tragen möchte. Diese Kosten in Zukunft überall einzupreisen, ist eine wichtige Gestaltungsaufgabe für die Politik. Die CDU setzt dabei auf marktwirtschaftliche Instrumente, die Innovationen anstoßen und einen fairen Wettbewerb ermöglichen. Ein wichtiger Bestandteil der Bemühungen um einen fairen Ausgleich ist der europäische Emissionshandel. Darüber hinaus unterstützen wir die Bemühungen des Bundes um verbindliche soziale, menschenrechtliche und ökologische Standards in allen Handels- und Investitionsabkommen der Europäischen Union. Solche Abkommen können ein Hebel sein, um die Lage der Menschen in den Partnerstaaten zu verbessern.

Eine Entscheidung, die der Bundesrat in den kommenden Monaten fällen wird, ist das „Ja“ oder „Nein“ zur Ratifizierung des EU-Kanada-Abkommens CETA.

3. Wird Ihre Partei CETA zum Thema im kommenden Landtagswahlkampf machen?

4. Können Sie verbindlich zusagen, dass Ihre Partei – bei einer Regierungsbeteiligung in BadenWürttemberg – ein „Ja“ zu CETA ausschließt, so dass die Landesregierung CETA im Bundesrat ablehnt oder sich enthält?

Antwort zu Frage 3 und 4:

In der gegenwärtigen Fraktionsarbeit ist CETA kein Thema für uns. Insofern ist schwierig eine Aussage dazu zu treffen, ob das Thema im Wahlkampf aufgegriffen wird. Wann eine Befassung im Bundesrat erfolgen soll, ist uns derzeit nicht bekannt. Es kann allerdings davon ausgegangen werden, dass dies innerhalb des nächsten Jahres erfolgen wird. Grundsätzlich halten wir einen fairen Freihandel insbesondere in der derzeitigen Situation für ein hohes Gut. Gerade jetzt ist es daher von besonderer Bedeutung, auf die Öffnung von Märkten und einen global verantwortlichen Handel zu setzen. Daher haben die EU und Kanada das Freihandelsabkommen CETA geschlossen, das bereits vorläufig in Kraft getreten ist und nun von allen EU-Mitgliedstaaten ratifiziert werden muss. Aktuell haben 16 Staaten das Abkommen ratifiziert. Wir werden unsere Zustimmung zum Abkommen von verschiedenen Voraussetzungen wie etwa der Einhaltung von EU-Schutzstandards abhängig machen.



August Schuler, CDU. Wahlkreis Ravensburg

1. Wird sich Ihre Partei in Zukunft verstärkt für einen gerechten Welthandel und damit eine Abkehr von der bisherigen neoliberalen Handelsagenda einsetzen?

Antwort:

Die CDU-Landtagsfraktion bekennt sich zur internationalen und multilateralen Zusammenarbeit zwischen Ländern und Regionen. Denn der freie Handel, der den Anliegen der Menschen und der Umwelt Rechnung trägt, ermöglicht mehr Wohlstand für alle. Dabei ist es uns wichtig, in Handelsverträgen Umwelt-, Verbraucher- und Arbeitnehmerschutz Geltung zu verschaffen. Handelsverträge können ein Hebel sein, um auch die Lage der Menschen in den entsprechenden Partnerstaaten zu verbessern: Durch mehr Wohlstand aufgrund des wachsenden Handels und aufgrund von gemeinsam vereinbarten Mindeststandards. Eine Verkürzung der Antwort auf ein „Ja“ oder „Nein“ ist daher unangemessen.

Wir wollen Freihandelsabkommen als Chance nutzen, um unsere hohen Standards, z. B. beim Umwelt-, Verbraucher- und Arbeitnehmerschutz, international Geltung zu verschaffen.

2. Wird Ihre Partei das Pariser Klimaschutzabkommen in Zukunft zur verbindlichen Richtschnur für alle Handelsfragen machen?

Antwort:

Die CDU-Fraktion steht zu den Klimaschutzzielen von Paris. Auf Grundlage des Pariser Abkommens haben wir für Baden-Württemberg verbindliche Vorgaben für die Minderung der Treibhausgasemissionen um 42 Prozent bis 2030 und 90 Prozent bis 2050 (jeweils zum Basisjahr 1990) im Klimaschutzgesetz verankert. Weltweit werden Treibhausgase in unsere Atmosphäre geleitet und verursachen enorme Folgekosten, für die niemand den Preis tragen möchte. Diese Kosten in Zukunft überall einzupreisen, ist eine wichtige Gestaltungsaufgabe für die Politik. Die CDU setzt dabei auf marktwirtschaftliche Instrumente, die Innovationen anstoßen und einen fairen Wettbewerb ermöglichen. Ein wichtiger Bestandteil der Bemühungen um einen fairen Ausgleich ist der europäische Emissionshandel. Darüber hinaus unterstützen wir die Bemühungen des Bundes um verbindliche soziale, menschenrechtliche und ökologische Standards in allen Handels- und Investitionsabkommen der Europäischen Union. Solche Abkommen können ein Hebel sein, um die Lage der Menschen in den Partnerstaaten zu verbessern.“

Eine Entscheidung, die der Bundesrat in den kommenden Monaten fällen wird, ist das „Ja“ oder „Nein“ zur Ratifizierung des EU-Kanada-Abkommens CETA.

3. Wird Ihre Partei CETA zum Thema im kommenden Landtagswahlkampf machen?

4. Können Sie verbindlich zusagen, dass Ihre Partei – bei einer Regierungsbeteiligung in BadenWürttemberg – ein „Ja“ zu CETA ausschließt, so dass die Landesregierung CETA im Bundesrat ablehnt oder sich enthält?

Antwort zu Frage 3 und 4:

In der gegenwärtigen Fraktionsarbeit ist CETA kein Thema für uns. Insofern ist schwierig eine Aussage dazu zu treffen, ob das Thema im Wahlkampf aufgegriffen wird. Wann eine Befassung im Bundesrat erfolgen soll, ist uns derzeit nicht bekannt. Es kann allerdings davon ausgegangen werden, dass dies innerhalb des nächsten Jahres erfolgen wird.

Grundsätzlich halten wir einen fairen Freihandel insbesondere in der derzeitigen Situation für ein hohes Gut. Gerade jetzt ist es daher von besonderer Bedeutung, auf die Öffnung von Märkten und einen global verantwortlichen Handel zu setzen. Daher haben die EU und Kanada das Freihandelsabkommen CETA geschlossen, das bereits vorläufig in Kraft getreten ist und nun von allen EU-Mitgliedstaaten ratifiziert werden muss. Aktuell haben 16 Staaten das Abkommen ratifiziert.

Wir werden unsere Zustimmung zum Abkommen von verschiedenen Voraussetzungen wie etwa der Einhaltung von EU-Schutzstandards abhängig machen.



Jonathan Wolf, SPD, Wahlkreis Ravensburg

1. Wird sich Ihre Partei in Zukunft verstärkt für einen gerechten Welthandel und damit eine Abkehr von der bisherigen neoliberalen Handelsagenda einsetzen?

Auch in Baden-Württemberg tragen wir Verantwortung in der Einen Welt. Wir orientieren uns dabei an den Entwicklungspolitischen Leitlinien, die die grün-rote Landesregierung im Jahr 2013 beschlossen hat. Fragen der internationalen Verantwortung betreffen die Landespolitik in vielerlei Hinsicht: Über Globales Lernen und Forschen die Schul- und Wissenschaftspolitik, über Klimaschutz und Ressourcenschonung die Umweltpolitik, über Fairen Handel, Konsum und öffentliche Beschaffung die Wirtschaftspolitik. Damit rücken auch die globalen Auswirkungen regionalen Handelns in den Vordergrund. Weltweite Mitverantwortung bedeutet auch, die globalen Ziele für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals/SDGs) der Vereinten Nationen in die Landespolitik zu integrieren und überall dort, wo das Land zuständig ist, umzusetzen. Die öffentliche Beschaffung in den Behörden und Ministerien des Landes wollen wir am Schutz der Menschenrechte und der Umwelt ausrichten. Dazu braucht es als Ergänzung zu bestehenden Verwaltungsverordnungen auch die praktische Begleitung der zuständigen Mitarbeiter*innen. Die Inhalte und Ziele der SDG sollen an Schulen und Hochschulen vermittelt werden. Dazu gehört auch die Umsetzung des Aktionsplans „Bildung für nachhaltige Entwicklung“. Wir unterstützen die Arbeit der Stiftung Entwicklungszusammenarbeit (SEZ) bei der Umsetzung und Betreuung von Projekten, die mit Fördermitteln des Landes finanziert werden.

2. Wird Ihre Partei das Pariser Klimaschutzabkommen in Zukunft zur verbindlichen Richtschnur für alle Handelsfragen machen?

Wir stehen zu den Zielen des Pariser Klimaschutzabkommens. Wir bekennen uns zum 1,5 Grad-Ziel und wollen erreichen, dass sich die Politik in Baden-Württemberg daran orientiert. Klimaschutz ist für uns eine Querschnittsaufgabe und eng mit den globalen Zielen für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals/SDGs) verknüpft. Deshalb schauen wir als SPD nicht einseitig auf die Herausforderungen des Klimawandels, sondern haben beim Thema Ökologie und Nachhaltigkeit nicht nur Handelsfragen, sondern stets sämtliche Aspekte im Blick. Klimaschutz bedeutet Chancen, um den Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg und uns als Gesellschaft in eine nachhaltige Zukunft zu führen. Wir wollen, dass Baden-Württemberg hier eine Vorreiterrolle einnimmt und in den Umbau zu einer nachhaltigen und klimaneutralen Gesellschaft investiert. Bei all dem muss es sozial gerecht zugehen. Arbeitnehmer*innen und finanziell Schwache dürfen bei diesem Transformationsprozess nicht auf der Strecke bleiben.

Eine Entscheidung, die der Bundesrat in den kommenden Monaten fällen wird, ist das „Ja“ oder „Nein“ zur Ratifizierung des EU-Kanada-Abkommens CETA.

3. Wird Ihre Partei CETA zum Thema im kommenden Landtagswahlkampf machen?

4. Können Sie verbindlich zusagen, dass Ihre Partei - bei einer Regierungsbeteiligung in Baden-Württemberg – ein „Ja“ zu CETA ausschließt, so dass die Landesregierung CETA im Bundesrat ablehnt oder sich enthält?

Antworten auf Frage 3 und 4:

Das Freihandelsabkommen CETA kann nicht isoliert betrachtet werden. Als exportabhängiges Land und leistungsstarker Standort von Wirtschaft, Technologie, Forschung und Lehre ist Baden-Württemberg auf internationalen Austausch und enge Zusammenarbeit angewiesen – mit Europa und der ganzen Welt. Unsere Dienstleistungen und Produkte sind weltweit gefragt und unsere Unternehmen stark in den internationalen Handel eingebunden. Diese Handelsbeziehungen sichern Arbeitsplätze und damit auch den Wohlstand in Baden-Württemberg. Weil wirtschaftliches Wachstum in Baden-Württemberg nicht allein über die Binnennachfrage, sondern vor allem über Auslandsmärkte generiert wird, sind barrierefreie internationale Handelsbeziehungen für unser Bundesland existentiell wichtig, um auch in Zukunft wettbewerbsfähig bleiben zu können. In diesem Zusammenhang sind Handelsabkommen wie CETA zu sehen. Angesichts der Machtverschiebungen in der Welt geht es beim Handelsabkommen mit Kanada jedoch um weit mehr als den Abbau von Handelshemmnissen. Die transatlantischen Beziehungen beruhen auf einem gemeinsamen Wertefundament mit engen politischen, gesellschaftlichen, kulturellen und wirtschaftlichen Bindungen. Das Handelsabkommen CETA steht für gegenseitiges Vertrauen und ist ein wichtiger Baustein, um die gewachsenen Beziehungen zwischen Europa und Kanada zu festigen. Ganz klar ist jedoch, dass die hohen europäischen Standards und Errungenschaften gewahrt bleiben müssen. Umgekehrt bedeutet dies aber auch, dass sich Europa gegebenenfalls höheren Standards seiner Handels- und Vertragspartner nicht verschließt. Bei den Verhandlungen zu CETA zwischen der EU und Kanada ist es gelungen, zukunftsweisende Regeln für den Schutz der Arbeitnehmerrechte, der öffentlichen Daseinsvorsorge und für einen fortschrittlichen Investitionsgerichtshof zu vereinbaren und den Ausverkauf öffentlicher Infrastruktur zu verhindern. Private Schiedsgerichte sind ausgeschlossen. Dies muss Maßstab für alle künftigen Handelsabkommen sein. Unabhängig davon bleibt es unser Ziel, langfristig einen unabhängigen internationalen Handelsgerichtshof zu etablieren. Gleichwohl stehen wir dem Handelsabkommen CETA positiv gegenüber und werden uns für seine Ratifizierung einsetzen.



**Freie
Demokraten**
Landesverband
Baden-Württemberg **FDP**

Klaus Hoher, FDP, Wahlkreis Bodensee

1. Wird sich Ihre Partei in Zukunft verstärkt für einen gerechten Welthandel und damit eine Abkehr von der bisherigen neoliberalen Handelsagenda einsetzen?

Antwort:

Die FDP Baden-Württemberg sieht durchaus die Herausforderungen, die das Verständnis der Einen Welt auf die Politik hat. Im Gegensatz zu Ihrer Interpretation ist aus unserer

Sicht der durch Abkommen gesicherte Freihandel ein positiver Schritt in Richtung eines gerechten Welthandels.

2. Wird Ihre Partei das Pariser Klimaschutzabkommen in Zukunft zur verbindlichen Richtschnur für alle Handelsfragen machen?

Antwort:

Die FDP steht zu den Zielen des Pariser Klimaschutzabkommens. Allerdings sind wir dafür, den Verhandlungspartnern auf Augenhöhe zu begegnen und ihnen nicht unsere Ziele, auch nicht in anderen Bereichen, von vorne herein aufzuzwingen. Natürlich soll der Freihandel sich positiv auf die Nachhaltigkeitsziele der UN auswirken. Aber aus unserer Sicht sind Abkommen auch dann von großem Wert, wenn sich dort nicht alle unsere hohen Standards vereinbaren lassen.

Eine Entscheidung, die der Bundesrat in den kommenden Monaten fällen wird, ist das „Ja“ oder „Nein“ zur Ratifizierung des EU-Kanada-Abkommens CETA.

3. Wird Ihre Partei CETA zum Thema im kommenden Landtagswahlkampf machen?

Antwort:

Die Tatsache, dass in Deutschland bisher nicht über die Ratifizierung von CETA abgestimmt worden ist, haben wir in der Vergangenheit immer kritisiert, und werden wir wo immer möglich auch im Landtagswahlkampf ansprechen

4. Können Sie verbindlich zusagen, dass Ihre Partei – bei einer Regierungsbeteiligung in Baden-Württemberg – ein „Ja“ zu CETA ausschließt, so dass die Landesregierung CETA im Bundesrat ablehnt oder sich enthält?

Wir setzen uns nach wie vor für ein klares „Ja“ des Landes Baden-Württemberg zu einer CETA-Ratifizierung ein. Es ist auch nicht erkennbar, warum CETA sich auf die von Ihnen geforderten Standards für Freihandelsabkommen mit dem Globalen Süden negativ auswirken soll



Markus Waidmann, FDP, Ravensburg

1. Wird sich Ihre Partei in Zukunft verstärkt für einen gerechten Welthandel und damit eine Abkehr von der bisherigen neoliberalen Handelsagenda einsetzen?

Antwort:

- Ich bin für einen fairen Produkthandel für weltweite Waren; dies mit nachvollziehbaren Liefer- und Produktionsketten; dies auch, wenn damit Waren teilweise für den Steuerzahler kostspieliger werden.
- Zum fairen Produktionshandel zählt bei mir auch, dass die Arbeitsbedingungen in vielen Staaten durch die Verantwortlichen vor Ort verbessert werden müssen, und wir dies bei der Ausschreibung fordern.
- Für mich ist eine Stärkung der örtlichen und regionalen Wirtschaft wichtig; dies gilt in unserer Region besonders für die Landwirtschaft.
- Ich stehe für einen weitergehenden Abbau von Zollschränken bei Lieferungen in- und aus der Europäischen Gemeinschaft. Den Schwerpunkt lege ich dabei auf Länder/Staatengemeinschaften die bereits Entwicklungshilfe in nennenswerten Umfang von uns erhalten.
- Ich trete ein für eine konsequente Vermeidung von Wirtschaftssanktionen und Zöllen als Mittel der politischen Waffe, da solche Sanktionen künftig die Tore für weitergehende Eskalationen öffnen.

2. Wird Ihre Partei das Pariser Klimaschutzabkommen in Zukunft zur verbindlichen Richtschnur für alle Handelsfragen machen?

- Als Mitglied des Gemeinderates und der Klimaschutzkommission von Ravensburg setze ich mich vehement dafür ein, das Pariser Klimaschutzabkommen umzusetzen. Dabei möchte ich in erster Linie Handelsfragen als WIN-WIN-Abkommen ansehen, die es den Handelspartnern besser ermöglicht Maßnahmen zum Klimaschutz umzusetzen.
- Ich setze mich darüber hinaus ein, bei der Beschaffung von Material und Baumaßnahmen die Produktherkunft und Herstellungsweise transparenter zu machen. Beispiel: Verwendung von Pflastersteinen bei städtischen Straßenbaumaßnahmen, die nicht durch in Inkaufnahme hohe Umweltschäden oder Kinderarbeit hergestellt werden.

Eine Entscheidung, die der Bundesrat in den kommenden Monaten fällen wird, ist das „Ja“ oder „Nein“ zur Ratifizierung des EU-Kanada-Abkommens CETA.

3. Wird Ihre Partei CETA zum Thema im kommenden Landtagswahlkampf machen?

4. Können Sie verbindlich zusagen, dass Ihre Partei – bei einer Regierungsbeteiligung in BadenWürttemberg – ein „Ja“ zu CETA ausschließt, so dass die Landesregierung CETA im Bundesrat ablehnt oder sich enthält?

Antwort zu Frage 3 und 4:

Ich schreibe hier als Kandidat der FDP und nicht im Namen der Gesamtpartei im Land: Ich werde CETA nicht zu einem zentralen Wahlkampfthema machen, und schließe ein grundsätzliches „Nein“ zu CETA aus.



1. Wird sich Ihre Partei in Zukunft verstärkt für einen gerechten Welthandel und damit eine Abkehr von der bisherigen neoliberalen Handelsagenda einsetzen?

Antwort:

DIE LINKE steht wie keine andere Partei für eine glaubwürdige und nachhaltige Kritik an Neoliberalismus und jedem Markttradikalismus. Der Markt regelt eben nicht alles, und hat es noch nie getan. Die Gewinner von Freihandel sind regelmäßig internationale Konzerne und die Reichsten, meist im globalen Norden. Die Abkommen gehen aber meist zu Lasten der allermeisten, meist prekär beschäftigten Menschen in den Schwellen- und Entwicklungsländern, erschweren die Gleichberechtigung von Frauen, und tragen oft zur Gefährdung von Menschenrechten bei. Außerdem führen manche Bestimmungen in Handelsverträgen zur Erosion nationaler Standards etwa beim Arbeits- oder Klimaschutz. So sind auch viele Menschen im globalen Norden negativ von ihnen betroffen.

DIE LINKE kritisiert die bisherige neoliberale Handelsagenda daher schon jetzt bei jeder Gelegenheit, und wir werden uns auch in Zukunft weiter für einen gerechten Welthandel einsetzen. Globale Gerechtigkeit sowohl im Bezug auf die Wirtschaftsordnung als auch die Folgen des Klimawandels, ist und bleibt ein Kernanliegen der LINKEN.

Daher sind auch die oft so gelobten, aber real viel zu großen Exportüberschüsse des „Exportweltmeisters“ Deutschland kritisch zu sehen. Die Folge sind nämlich globale Handelsungleichgewichte, mit denen wir gerade im Rahmen von Freihandelsregimen durch unsere hoch industrialisierte Produktion bei zu niedrigen Löhnen die Wirtschaft anderer Länder kaputt konkurrieren. Schwellen- und Entwicklungsländer müssten eigentlich Zölle und Handelsbeschränkungen nutzen dürfen, um sich vor dieser Konkurrenz zu schützen und eigene verarbeitende Industrie aufzubauen. Viele Freihandelsabkommen verbieten genau das, nützen damit aber vor allem den reichen, stärker industrialisierten Ländern.

Wir wollen eine andere Globalisierung: eine neue internationale Wirtschaftsordnung, die globale soziale Ungleichheit verringert, statt sie stetig zu vergrößern. Die Menschenrechte, besonders soziale Rechte, Frauen- und Umweltrechte müssen dabei im Zentrum stehen. Für uns als DIE LINKE kommt es darauf an, eine Wirtschaftsstruktur zu entwickeln, die das gegenwärtige, jahrhundertealte System der Ausbeutung überwindet: Ausbeutung von Menschen als billige Arbeitskräfte, Transfer von Rohstoffen und Produkten aus den Ländern des globalen Südens in die Länder des globalen Nordens, und die damit einhergehende Umweltzerstörung und Vernichtung von Lebensgrundlagen dürfen nicht länger einfach in Kauf genommen werden.

2. Wird Ihre Partei das Pariser Klimaschutzabkommen in Zukunft zur verbindlichen Richtschnur für alle Handelsfragen machen?

Antwort:

Klimaschutz ist die zentrale Frage für die Zukunft. Beziehungsweise wir müssen es jetzt für die Zukunft schaffen, die Begrenzung der Erderwärmung auf 1,5 Grad, wie im Pariser Klimaschutzabkommen vereinbart, zu erreichen. Dafür brauchen wir einen schnellen Kohleausstieg und viel größere Schritte auf dem Weg zu 100 % erneuerbare Energien,

sowie schneller mehr konkrete Regulierungen. Auf freiwillige Anreize zu setzen, dauert zu lange.

Aber auch in Handelsfragen müssen wir den Klimaschutz immer mitdenken. Die wirtschaftlich stärker entwickelten Länder müssen einen größeren Beitrag für den Klimaschutz leisten als die Länder, welche diese Entwicklung erst noch nachzuholen haben. Baden-Württemberg sollte deshalb klimapositiv, nicht nur klimaneutral werden, Klimaschutz bei allen politischen Entscheidungen mitgedacht werden. Im Landtagswahlprogramm fordern wir deshalb eine Klimaschutzprämisse für Baden-Württemberg. Wir müssen einen ökologischen, und zugleich sozialen Wandel unserer Wirtschaft herbeiführen, zum Beispiel nicht alles auf die Förderung von E-Autos und Automobilindustrie setzen, aber auch sichere Perspektiven für die Beschäftigten in diesen Branchen schaffen.

Regionales Wirtschaften wird zentral dabei sein, um weniger CO² durch zu viele und zu weite Gütertransporte im Handel auszustoßen. Wie schon gesagt, drohen Handelsabkommen immer wieder Klima- und Umweltschutzstandards zu untergraben – das müssen wir unbedingt verhindern. Wir brauchen mehr verbindliche Regelungen, um sicherzustellen, dass Importe ökologische Standards in der Produktion erfüllen.

Neben ökologischen Fragen und Klimaschutz sind der LINKEN die sozialen Folgen genauso wichtig. Internationaler Handel ist nur vertretbar, wenn er ohne Kinderarbeit, Ausbeutung und unmenschliche Arbeitsverhältnisse abläuft. Ein Lieferkettengesetz kann helfen, Menschenrechte im globalen Handel besser zu schützen, indem Importeure Rechenschaft über die Herstellungsbedingungen ihrer Produkte entlang der gesamten globalen Lieferketten ablegen müssen. Hier können wir ebenfalls nicht warten, bis alle freiwillig sich mehr für Menschenrechte einsetzen. Klimaschutz und Menschenrechte können nicht länger warten, damit wir mittel- und langfristig besser, oder überhaupt noch auf dieser Welt leben können.

Eine Entscheidung, die der Bundesrat in den kommenden Monaten fällen wird, ist das „Ja“ oder „Nein“ zur Ratifizierung des EU-Kanada-Abkommens CETA.

3. Wird Ihre Partei CETA zum Thema im kommenden Landtagswahlkampf machen?

Antwort:

DIE LINKE setzt sich bereits vehement gegen die Ratifizierung von CETA ein. Internationale Handelsabkommen wie CETA haben weitreichende Folgen auch für Länder und Kommunen bei der Bereitstellung von Dienstleistungen und Infrastruktur, etwa im Gesundheitswesen oder im Bildungs- oder Kulturbereich, und bei der Daseinsfürsorge. Die Wasserversorgung darf zum Beispiel nicht einfach den Marktgesetzen unterworfen werden.

DIE LINKE hat CETA und andere Handelsabkommen immer wieder auf die Tagesordnung von Landtagssitzungen gebracht. Und das haben wir auch in Baden-Württemberg vor. 2016 hat die DIE LINKE gegen die Bundesregierung geklagt, weil Teile des CETA-Abkommens bereits ohne Zustimmung des Bundestags umgesetzt werden. Im Oktober 2020 haben wir erneut Klage vor dem Bundesverfassungsgericht erhoben. Solange über diese Klagen nicht entschieden worden ist, kann CETA nicht ratifiziert werden. In dieser Legislaturperiode wird CETA also nicht mehr vollständig in Kraft treten - und das ist gut so. Seine Zukunft ist offen, und wir werden uns weiter am Widerstand gegen CETA beteiligen.

CETA ist außerdem, wie andere Freihandelsverträge auch, ein Instrument des Demokratieabbaus. Unter Ausschluss der Öffentlichkeit und oft auch der Parlamentarier*innen verhandelt, sollen sie dann aber oft schnell durch die Parlamente gewunken werden. Erst einmal ratifiziert, setzen solche Abkommen dann mitunter zuvor geltendes nationales Recht außer Kraft, sind nur schwer nachzuverhandeln und verringern den Entscheidungsspielraum von Parlamenten. Auch deshalb lehnen wir CETA ab.

4. Können Sie verbindlich zusagen, dass Ihre Partei - bei einer Regierungsbeteiligung in Baden-Württemberg – ein „Ja“ zu CETA ausschließt, so dass die Landesregierung CETA im Bundesrat ablehnt oder sich enthält?

Antwort: Ja. Wir sind die einzige Partei, die sich konsequent auf allen Ebenen gegen CETA stemmt. Im Europäischen Parlament, im Bundestag und ab März auch im Stuttgarter Landtag werden wir immer gegen die Ratifizierung von CETA stimmen. Wir beugen uns keinem Druck von Lobbyisten und stehen auch in Handelsfragen konsequent für eine soziale und ökologische Politik, die Menschenrechte in den Mittelpunkt stellt.

Hier erweist es sich als großer Vorteil, dass wir von großen Konzernen finanziell unabhängig sind. Im Gegensatz zu allen anderen Parteien, seien es die CDU, die Bündnis90/Die Grünen oder SPD, muss die Partei DIE LINKE keine Rücksicht auf Großspender*innen nehmen. Wir werden der Aushebelung parlamentarischer Kontrollrechte, dem Abbau so genannter nicht-tarifärer Handelshemmnisse und der Zerschlagung des Umwelt-, Verbraucher*innen- und Arbeitnehmer*innenschutzes nicht tatenlos zusehen. Und dabei ist uns die ständige Zusammenarbeit mit sozialen Bewegungen besonders wichtig.



Marion Morcher, ÖDP, bodensee

1. Wird sich Ihre Partei in Zukunft verstärkt für einen gerechten Welthandel und damit eine Abkehr von der bisherigen neoliberalen Handelsagenda einsetzen?

Antwort: Ja

2. Wird Ihre Partei das Pariser Klimaschutzabkommen in Zukunft zur verbindlichen Richtschnur für alle Handelsfragen machen?

Antwort: Ja

Eine Entscheidung, die der Bundesrat in den kommenden Monaten fällen wird, ist das „Ja“ oder „Nein“ zur Ratifizierung des EU-Kanada-Abkommens CETA.

3. Wird Ihre Partei CETA zum Thema im kommenden Landtagswahlkampf machen?

Antwort: Nicht auf Plakaten aber im Programm (S.17)

4. Können Sie verbindlich zusagen, dass Ihre Partei - bei einer Regierungsbeteiligung in Baden-Württemberg – ein „Ja“ zu CETA ausschließt, so dass die Landesregierung CETA im Bundesrat ablehnt oder sich enthält?

Antwort: Ja

Hier meine Antwort, die der Position der ÖDP voll und ganz entspricht:

CETA, das Freihandelsabkommen zwischen der EU und Kanada und Vorläufer des bekannteren Abkommens TTIP, birgt hohe Gefahren für die Umwelt- und Sozialstandards in Europa und setzt die Bevölkerung auch hohen gesundheitlichen Risiken durch die mögliche Verbreitung multiresistenter Keime aus, da große Mengen mit Antibiotika behandelten Fleisches auf den Markt kommen werden. Die privaten Schiedsgerichte und ähnliche Varianten setzen unsere Gerichtsbarkeit außer Kraft und unterbinden zukünftige gesetzliche Beschlüsse der nationalen Parlamente. Auch die Art und Weise wie die Verhandlungen zu TTIP, CETA und TiSA im Geheimen geführt würden, sind schädlich für unsere Demokratie. Im Juni 2016 startete der Landesvorsitzende der ÖDP in Baden-Württemberg einen Volksantrag gegen CETA.

Die ÖDP setzt sich für Fairhandelsabkommen auch mit ärmeren Ländern ein. Dies ist ein wichtiger Beitrag zur Fluchtursachenbekämpfung.



Daniel Boch, Klimaliste BaWü, Wahlkreis Bodenseekreis

1: Wird sich Ihre Partei in Zukunft verstärkt für einen gerechten Welthandel und damit eine Abkehr von der bisherigen neoliberalen Handelsagenda einsetzen?

Antwort:

Die KlimalisteBW ist sich der engen Wechselbeziehungen zwischen globalen, nationalen und lokalen Handels- und Wirtschaftsregeln in unterschiedlichsten Systemen und den Auswirkungen auf die unterschiedlichsten Nationen oder regionale Gruppierungen sowie Umwelt, Klima und Natur bewusst. Das Ziel der KlimalisteBW ist die globale Klimagerechtigkeit, was sowohl alle Bemühungen zum Klimaschutz als auch sämtliche Aspekte der Gerechtigkeit einschließt.

Sowohl aus grundsätzlichen ethischen als auch umwelt- und klimaschutztechnischen Überlegungen setzt sich die KlimalisteBW vehement für einen gerechten Handel auf allen Ebenen, nachhaltiges und faires Wirtschaften in allen Innen- und Außenbeziehungen und die demokratisch einwandfreie Legitimation aller Abkommen und Verträge ein.

Im Umkehrschluss wird die KlimalisteBW allgemein gegen intransparent angebahnte Abkommen, undemokratische Entscheidungsprozesse und diskriminierende, ungerechte oder umwelt- und/oder klimaschädliche Abkommen und Verträge vorgehen.

2. Wird Ihre Partei das Pariser Klimaschutzabkommen in Zukunft zur verbindlichen Richtschnur für alle Handelsfragen machen?

Antwort:

Eine Entscheidung, die der Bundesrat in den kommenden Monaten fällen wird, ist das „Ja“ oder „Nein“ zur Ratifizierung des EU-Kanada-Abkommens CETA.

Ja. Klimagerechtigkeit und das Einhalten der 1,5-Grad-Grenze ist das Ziel der KlimalisteBW.

Da Umwelt und Natur nicht kompromissfähig sind, wird sich die KlimalisteBW für Maßnahmen einsetzen, welche auf fundierten wissenschaftlichen Erkenntnissen ein Überleben von Natur und Menschheit sicherstellen.

Dies impliziert nach Auffassung der KlimalisteBW zwangsläufig eine global gerechte Verteilung von Wohlstand bei gleichzeitiger Bewahrung der Natur.

Da das Pariser Abkommen eine Resolution ist, auf die sich alle Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen geeinigt haben, können wir uns darauf immer berufen und die Selbstverpflichtung Deutschlands zum 1,5-Grad-Ziel sowie den Zielen für nachhaltige Entwicklung als Legitimation für ein politisches Handeln im Rahmen der Klimagerechtigkeit nutzen.

Eine Entscheidung, die der Bundesrat in den kommenden Monaten fällen wird, ist das „Ja“ oder „Nein“ zur Ratifizierung des EU-Kanada-Abkommens CETA.

3. Wird Ihre Partei CETA zum Thema im kommenden Landtagswahlkampf machen?

Die KlimalisteBW hat eine klar ablehnende Haltung zu Handelsabkommen, deren Entstehung nicht transparent und demokratisch ist, die gegen Gesetze, Richtlinien und Standards verstoßen und grundsätzlich Umwelt und Menschen wirtschaftlichen Belangen unterordnen.

4. Können Sie verbindlich zusagen, dass Ihre Partei - bei einer Regierungsbeteiligung in Baden-Württemberg – ein „Ja“ zu CETA ausschließt, so dass die Landesregierung CETA im Bundesrat ablehnt oder sich enthält?

Ja, KL-BW wird KEINEM Abkommen in der Tradition von CETA, TTIP & Co zustimmen
Eine Enthaltung ist für KL-BW zu schwach und zu opportun, KL-BW wird mit NEIN stimmen.

